



Die Konsolidierung des deutschen Staatshaushaltes steht auf wackeligen Füßen

Ende November 2012 hat der Bundestag den Bundeshaushalt für das Jahr 2013 verabschiedet. Auf der Website des Bundesfinanzministeriums heißt es dazu: „Der Beschluss des Bundestags unterstreicht die erfolgreiche Strategie der Bundesregierung, durch die nach drei Jahren konsequenter Konsolidierungspolitik ein strukturell nahezu ausgeglichener Haushalt erreicht wurde.“ Doch diese Sicht der Dinge ist ziemlich fragwürdig. Denn der grundsätzlich positiv zu bewertende Ausgleich des gesamtstaatlichen Haushaltes in Deutschland im Jahr 2012 unterlag Sonderfaktoren. Hier sind zum einen die Verringerung des Schuldendienstes durch die historisch niedrige Verzinsung deutscher Staatsschuldtitel zu nennen und zum anderen Steuererhöhungen durch die inflationsbedingt steigende Einkommensteuerlast (kalte Progression). Unter Berücksichtigung des Prinzips der Vorsicht muss darauf hingewiesen werden, dass die derzeit günstige Verzinsung wohl keinen langfristigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leistet. Und auch die kalte Progression sollte nicht zur einnahmeseitigen Konsolidierung herangezogen werden. Bei der Beurteilung der derzeit günstigen Haushaltslage durch das Bundesfinanzministerium ist auch zu bedenken, dass der ausgeglichene Haushalt des Gesamtstaates vor allem aus hohen Überschüssen bei den Sozialversicherungen infolge der kräftigen Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit resultiert. Die Haushalte von Bund und Ländern weisen dagegen nach wie vor Defizite auf, und die Konsolidierungsbemühungen – insbesondere von Seiten des Bundes – haben nachgelassen. Erst jüngst wurde von der Bundesregierung eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen beschlossen, welche die öffentlichen Haushalte belasten.

Nicht nur der Wegfall von Sonderfaktoren und neue Ausgaben gefährden die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Zusätzliche Risiken schlummern nach wie vor im internationalen Umfeld, insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise. So ist vor allem die Lösung der Probleme Griechenlands noch nicht in Sicht. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Griechenland kann nur dadurch wiederhergestellt werden, dass die Staatsverschuldung spürbar sinkt. Statt dem Land neue Kredite zu geben, müssen die privaten und öffentlichen Gläubiger Griechenlands auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, sodass der Gesamtschuldenstand auf ein Maß sinkt, das eine dauerhaft nachhaltige Staatsfinanzierung ermöglicht. Auch davon gehen – kaum belastbar zu quantifizierende – Risiken für den deutschen Staatshaushalt aus. Für das Eigenlob des Bundesfinanzministeriums ist es daher zu früh.

*Oliver Holtemöller
Leiter der Abteilung Makroökonomik*